

# Schweiz

## Der Anwalt für Tiere hat grossen Rückhalt

Im Kanton Zürich gibt es kaum mehr Kritik am Tierschutzanwalt. Keiner der bisherigen Amtsinhaber sei von einem «übertriebenen Tierschutzgedanken» beseelt gewesen, sagt die Staatsanwaltschaft im Hinblick auf die eidgenössische Abstimmung.

**Von Christian von Burg, Bern**

Die Unterschiede sind drastisch: In Kantonen wie Genf, Wallis oder Nidwalden wurden in den letzten knapp 30 Jahren kaum Tierschutzstraffälle verzeichnet. In den Kantonen St. Gallen und Zürich hingegen, wo es Institutionen gibt, die sich bei Straffällen für die Rechte der Tiere einsetzen, werden viel mehr Verstöße registriert. Der Schweizerische Tierschutz (STS) will den Vollzug der Gesetze nun schweizweit sicherstellen und fordert eine Pflicht für alle Kantone, sogenannte Tierschutzanwälte einzustellen. Mehrere Kantone könnten dies auch gemeinsam tun. Die Volksabstimmung findet am 7. März statt.

Vorbild für die Tierschützer ist der Kanton Zürich, wo die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schon 1992 mit 83 Prozent Ja-Stimmen der Einsetzung des ersten Tierschutzanwaltes zustimmten. Was sagen die ehemaligen Gegner heute zu dieser Einrichtung?

### Heimtiere im Vordergrund

Gross war die Skepsis zu Beginn bei der Zürcher Staatsanwaltschaft. Man wollte sich nicht von einem externen Anwalt am Zeug herumflicken lassen. Heute sei die Skepsis aber verschwunden, sagt Susanne Steinhauser von der Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland. Sie pflege eine «sachbezogene Zusammenarbeit» mit dem Tierschutzanwalt. Unterdessen führt der dritte Anwalt dieses Amt. Keiner sei «von einem übertriebenen Tierschutzgedanken» getrieben gewesen oder habe «über das Ziel hinausgeschossen». Der Tierschutzanwalt liefere Fachwissen für andere Juristen und habe zu einer einheitlicheren Sank-

tionierung von Verstössen gegen das Tierschutzgesetz beigetragen. Schweizweit gibt es auch beim Strafmass höchst unterschiedliche Ansätze: So wurde ein Mann aus Appenzell Innerrhoden, der seinen eigenen Hund überfuhr und am Strassenrand verenden liess, mit 800 Franken gebüsst. Im Kanton Zürich würde er mit einer Geldstrafe von mindestens 90 Tagessätzen und einer Busse von mindestens 500 Franken bestraft.

Gross waren die Befürchtungen auch bei den Bauern. Der heutige Bundesrat Ueli Maurer, damals Präsident des Zürcher Kantonsrats, bekämpfte den Tierschutzanwalt auch als Geschäftsführer des kantonalen Bauernverbands. Heute mag er sich nicht mehr dazu äussern. Für seinen Nachfolger beim Bauernverband, Ferdi Hodel, ist aber klar, dass es «einen solchen Anwalt grundsätzlich nicht braucht». Die Schweiz habe eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt. Die schweizweite Einführung von Tierschutzanwälten sei unnötig. Sinn mache der Anwalt eventuell im Heimtierbereich, «aber ausbaden müssten das dann vor allem die Bauern».

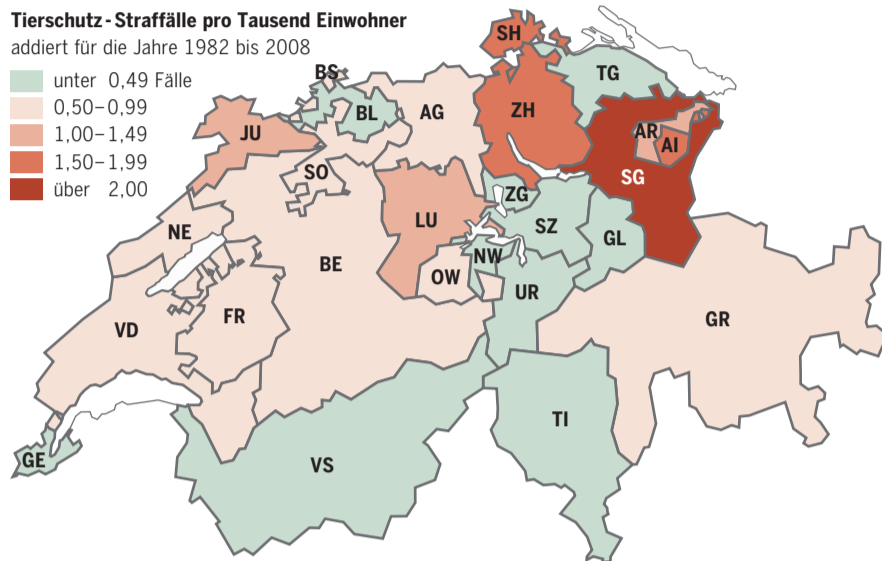
Beim Tierschutz kontert man dieses Argument mit Verweis auf die Statistik im Kanton Zürich: Nur ein Viertel der Tierschutzfälle im Jahr 2008 betrafen Rinder, Schafe oder Pferde. Den Hauptbestand bildeten Haustiere wie Hunde, einige Katzen, Kaninchen und Vögel.

Für den Luzerner Kantonstierarzt Josef Stirnimann stellt sich die grundsätzliche Frage, ob eine hohe Zahl von Straffällen überhaupt ein gutes Zeichen für den Tierschutz sei. Bei nicht vorsätzlichen Vergehen gegen das Tierwohl, wo Strafverfahren nicht vorgeschrieben

### So viele Tiermisshandlungen enden vor Gericht

**Tierschutz-Straffälle pro Tausend Einwohner**  
addiert für die Jahre 1982 bis 2008

- unter 0,49 Fälle
- 0,50–0,99
- 1,00–1,49
- 1,50–1,99
- über 2,00



TA - Grafik kmh / Quelle: Schweizer Tierschutz-Strafpraxis 2008

sein, versuche sein Amt im persönlichen Gespräch, mit Ermahnungen und kostenpflichtigen Beanstandungen zum Ziel zu kommen. Dies nütze den Tieren mehr als möglichst viele Strafverfahren. Stirnimann versuchte, unter den Kantonstierärzten eine Mehrheit gegen die Initiative zu finden, war aber nicht erfolgreich. Er führt den Kanton Zürich als schlechtes Beispiel an. Hier würden am meisten Tierschutzverfahren eingestellt oder aufgehoben, «nämlich über 20 Prozent». Die enorme Belastung des Veterinäramtes Zürich durch solche Fälle könne man sich vorstellen.

Zürchs Kantonstierärztin Regula Vogel widerspricht. Nur bei «Vergehensstatbeständen», wo nachgewiesen werden müsse, dass eine Tierquälerei vorsätzlich begangen wurde, liege die Zahl der Einstellungen bei 20 Prozent. Bei den viel häufigeren Übertretungstatbeständen sei die Quote weit geringer. Sie hält den Tierschutzanwalt für sinnvoll, «weil es ein transparentes System ist, das die Diskussion versachlicht». Ihr fällt aus dem Arbeitsalltag niemand ein, der im Kanton Zürich gegen den Tierschutzanwalt wäre. «Das ist schon seit Jahren kein Thema mehr.»

### Das Beispiel Zürich Praktische Hilfe

Die mehr als 40 Schafe waren mager, hatten nicht genug zu trinken und standen im eigenen Kot. Das Veterinäramt des Kantons Zürich bestätigte 2009 den Verdacht eines Spaziergängers, dass ein massiver Verstoss gegen das Tierschutzgesetz vorlag, und sorgte dafür, dass die Schafe frisches Wasser bekamen und die Haltebedingungen verbessert wurden. Gemäss Antoine F. Goetschel, Tierschutzanwalt des Kantons Zürich, würden die Behörden in vielen anderen Kantonen in einem solchen Fall keine Strafanzeige machen. So würde der Halter nicht bestraft, da er den Eingriff der Behörde bereits als Strafe empfinde.

Nicht so im Kanton Zürich, wo das Tierschutzrecht konsequenter durchgesetzt wird. Im betreffenden Fall wurde der Halter vom Veterinäramt angezeigt und von der Staatsanwaltschaft bestraft. Der Tierschutzanwalt prüfte als Spezialist in Sachen Tierschutzrecht, ob ähnliche Fälle schon beurteilt worden waren, ob es zusätzliche Beweismittel brauchte und welche Strafe er für angemessen hielt. Meist folgen die Gerichte den Einschätzungen des Tierschutzanwaltes. Im vorliegenden Fall wurde der Halter mit einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen à 100 Franken und einer Busse von 800 Franken bestraft.

Der Tierschutzanwalt kann Rekurse gegen Freisprüche oder Einstellungsverfügungen einreichen. Dies macht er allerdings selten. Er kostet den Kanton Zürich jährlich 80 000 Franken. (cvb)

Anzeige

# Open Forum Davos 2010

Öffentliche Veranstaltungen in der Aula der Alpinen Mittelschule, Guggerbachstrasse 3, Davos Platz  
Eintritt frei, Simultanübersetzung Englisch/Deutsch

Veranstalter: Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, World Economic Forum

www.openforumdavos.ch



Die Schweiz – Sonderling oder Vorbild?

Nach der Finanzkrise: Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

Klimawandel: Welche finanziellen Konsequenzen?

Führt der Wahrheitsanspruch von Religionen zu Gewalt?

Alternde Gesellschaften – oder mit 65 noch jung?

«Yes, we can?»

Eine Welt ohne Nuklearwaffen: Ein Wunschtraum?

**Donnerstag, 28. Januar**  
12.30 – 14.00 Uhr

**Pascale Bruderer**, Präsidentin des Nationalrates, Young Global Leader, Bern  
**Ulrich Thielemann**, Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik, Universität St. Gallen  
**Peter Maurer**, Ständiger Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen New York, USA  
**Haig Simonian**, Korrespondent, Financial Times, Zürich  
**Vertreter /-in einer Universität**, Europa  
**Niall Ferguson**, Professor für Geschichte, Universität Harvard, USA

Moderation:  
**Stephan Klapproth**, Schweizer Fernsehen

**Donnerstag, 28. Januar**  
19.00 – 20.30 Uhr

**Nikolaus Schneider**, Stv. Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland  
**Patrick Odier**, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Genf  
**Joseph Stiglitz**, Nobelpreisträger, Professor, Columbia University, USA  
**Ziya Akkurt**, Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglied, Akbank TAS, Türkei  
**Christine Lagarde**, Wirtschafts- und Finanzministerin, Frankreich  
**Juan Somavia**, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Genf

Moderation:  
**Stephan Klapproth**, Schweizer Fernsehen

**Freitag, 29. Januar**  
12.30 – 14.00 Uhr

**Matthew Wale**, Minister für Bildung, Solomon Islands  
**Vertreter /-in aus der Politik**, Indien  
**Vertreter /-in einer Nichtregierungsorganisation**  
**Vertreter /-in aus der Politik**, Ostasien  
**Vertreter /-in aus der Politik**, Schweiz

Moderation:  
**Romaine Jean**, Schweizer Fernsehen

**Freitag, 29. Januar**  
19.00 – 20.30 Uhr

**Thomas Wipf**, Präsident des Rates, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Bern  
**Marcia Pally**, Professorin für Multilingual Multicultural Studies an der New York University, USA  
**Edna Brocke**, Leiterin der Alten Synagoge Essen, Deutschland  
**Muhammad Ashafa**, Imam, Ko-Koordinator interreligiöses Vermittlungszentrum, Nigeria  
**Islamwissenschaftler /-in**, Europa

Moderation:  
**Urs Leuthard**, Schweizer Fernsehen

**Samstag, 30. Januar**  
12.30 – 14.00 Uhr

**Thomas Held**, Direktor, Avenir Suisse – A Think Tank for Switzerland, Zürich  
**Angeline Fankhauser**, Ko-Präsidentin Graue Panther Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Region, Alt-Nationalrätin, Basel  
**Urs Tannö**, Geschäftsführer der Synagoge Essen, Zürich  
**Ruth Baumann-Hölzle**, Leiterin Interdisziplinäres Institut für Ethik im Gesundheitswesen, Zürich  
**Ken Roth**, Geschäftsführer Human Rights Watch, USA  
**Susan M. Collins**, Senatorin von Maine, USA

Moderation:  
**Urs Leuthard**, Schweizer Fernsehen

**Samstag, 30. Januar**  
15.30 – 17.00 Uhr

**Riz Khan**, Journalist, Al Jazeera, USA  
**Martin Sorell**, Geschäftsführer der Kommunikationsfirma WPP, Grossbritannien  
**Ulrike Lunacek**, Abgeordnete zum Europaparlament, Sprecherin der Europäischen Grünen, Österreich  
**Ken Roth**, Geschäftsführer Human Rights Watch, USA  
**Susan M. Collins**, Senatorin von Maine, USA

Moderation:  
**Christine Maier**, Schweizer Fernsehen

**Samstag, 30. Januar**  
19.00 – 20.30 Uhr

**Salpy Eskidjian-Weiderud**, Beraterin verschiedener kirchlicher Institutionen, Schweden und Zypern  
**Vertreter /-in einer Religionsgemeinschaft**  
**Vertreter /-in aus der Politik**, Deutschland  
**Vertreter /-in einer Nichtregierungsorganisation**  
**Vertreter /-in einer internationalen Organisation**

Moderation:  
**Romaine Jean**, Schweizer Fernsehen